



**Kolping**

Kolpingwerk  
Deutschland

# Die AfD ist keine Alternative!

**Handreichung des Kolpingwerkes Deutschland zu Programm  
und Praxis der „Alternative für Deutschland“ (AfD)**



<b>Vorwort</b>	<b>02</b>
<b>1. „Die AfD ist keine Alternative!“ – Stellungnahme des Bundesvorstandes des Kolpingwerkes Deutschland zur AfD vom 23. Februar 2019</b>	<b>04</b>
<b>2. Hinweise zu den Quellen</b>	<b>06</b>
<b>3. Bewertungen zu Aussagen aus dem Wahl- und Grundsatzprogramm der AfD zu ausgewählten Politikbereichen</b>	<b>07</b>
3.1 Europapolitik	07
3.2 Familienpolitik	08
3.3 Umwelt- und Klimapolitik	09
3.4 Migrations- und Integrationspolitik	10
3.5 Religion in einer freiheitlichen Gesellschaft	12
<b>4. Menschen- und Gesellschaftsbild – AfD und Kolpingwerk im Vergleich</b>	<b>14</b>
4.1 Das Menschen- und Gesellschaftsbild der AfD	14
4.2 Menschen- und Gesellschaftsbild des Kolpingwerkes	14
<b>5. Die versteckten Rassismen der AfD</b>	<b>15</b>
5.1 Ungleichheit als Markenzeichen: Der Mensch als Ebenbild Gottes existiert für die AfD nicht	15
5.2 Volk statt Individuum	15
5.3 Verschleierung der Realität	16
5.4 Nationale Bevölkerungspolitik	16
<b>6. Tenor von Grundsatz- und Wahlprogramm der AfD</b>	<b>19</b>
<b>7. Die AfD – was sie ausmacht und wie sie agiert</b>	<b>20</b>
7.1 Strategie und Argumentation der AfD: logisch und verführerisch einfach	20
7.2 Politische Probleme: Ergebnis der Politik der Altparteien	20
7.3 Gegensatz aufbauen: Elite (Altparteien) – Volk (AfD) = Feind – Freund	20
7.4 Populäre Botschaften: Für ein rassistisches Menschenbild wird geworben	21
<b>8. Erklärungen und Positionierungen des Kolpingwerkes und der Kolpingjugend</b>	<b>22</b>
8.1 „Integration statt menschenverachtende Stimmungsmache!“ – Erklärung des Bundeshauptausschusses vom 15. November 2015	22
8.2 „Demokratie lebt vom Mitmachen“ – Erklärung des Bundesvorstandes vom 18. Februar 2017	23
8.3 „Wir stehen für ein Wir“ – Positionierung der Bundeskonferenz Kolpingjugend vom 19. März 2017	24
8.4 „Demokratie schmeckt uns“ – Erklärung der Bundesleitung der Kolpingjugend aus Anlass des Jugend-Events „Sternenklar“ 2018 in Frankfurt am Main	28
<b>9. Wie umgehen mit der AfD?</b>	<b>30</b>
<b>10. Literaturhinweise</b>	<b>31</b>
<b>11. Kolping in 12 Sätzen</b>	<b>32</b>

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolpingschwestern, liebe Kolpingbrüder,

die Bundesversammlung des Kolpingwerkes Deutschland 2018 in Köln hat den Bundesvorstand beauftragt, die vorliegende Handreichung zu erstellen, die dazu dienen soll zu prüfen, ob Aussagen im Grundsatz- und Wahlprogramm der „Alternative für Deutschland“ (AfD) den Grundlagen und Wertvorstellungen unseres Verbandes widersprechen. Zudem wird in dieser Handreichung ein Überblick gegeben über die Argumentation und Strategie der AfD.

Die AfD hat inzwischen bei vielen Menschen eine hohe Akzeptanz gefunden. Bei näherer Betrachtung entdeckt der politisch Interessierte jedoch hinter verschiedenen Aussagen der AfD ein anderes Bild. Die vorliegende Handreichung weist auf geschickt verschleierte Argumentationen und gleichsam problematische Positionen der AfD hin. Sie versteht sich als eine Orientierungshilfe für interessierte Mitglieder, vor allem aber für die vielen Führungskräfte unseres Verbandes. Den Führungskräften soll die Handreichung zudem bei der Vorbereitung und Organisation von Veranstaltungen als Unterstützung dienen.

In dieser Handreichung werden ausschließlich Aussagen der AfD aus ihrem Grundsatzprogramm und Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 zu folgenden Politikbereiche dargestellt und jeweils aus Sicht des Kolpingwerkes kommentiert:

- Europapolitik
- Familienpolitik
- Umwelt- und Klimapolitik
- Migrations- und Integrationspolitik
- Religion in einer freiheitlichen Gesellschaft

Nach Ansicht des Kolpingwerkes widersprechen von der AfD propagierte Inhalte den Werten unserer freiheitlichen Demokratie. In der vorliegenden Handreichung wird verdeutlicht, dass es fundamentale Unterschiede gibt zwischen dem, wofür die AfD steht und dem, wofür das Kolpingwerk einsteht. Dieses wird vor allen daran deutlich, dass wir uns in unserem Denken und Handeln am christlichen Menschenbild orientieren. Weil jeder Mensch Abbild Gottes ist, verbietet sich jede Form der Diskriminierung von Menschen. Auch jede Form nationalistischer Erhöhung über andere Nationen widerspricht dem christlichen



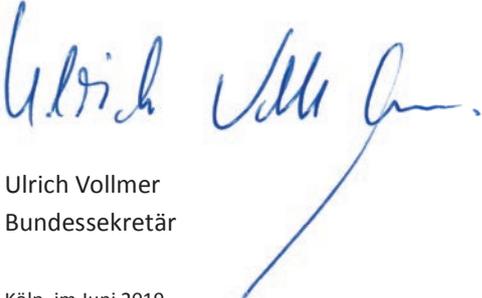
**Die AfD  
ist keine  
Alternative!**

Menschenbild und wird vom Kolpingwerk strikt abgelehnt. Auch deshalb wird das Kolpingwerk Deutschland – eine Entscheidung der Bundesversammlung 2018 – der AfD kein Forum zur Eigendarstellung bieten. Dieses bedeutet, dass Einrichtungen und Unternehmen im Kolpingwerk Deutschland – wie Kolpinghäuser, Kolping-Bildungsunternehmen, Akademien etc. – für Veranstaltungen der AfD nicht zur Verfügung stehen!

Bei unserer aktiven Mitwirkung und Mitverantwortung an der Gestaltung einer menschenwürdigen Welt lassen wir uns von den Prinzipien der katholischen Soziallehre/christlichen Gesellschaftslehre – Personalität, Subsidiarität, Solidarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit – leiten. Sie geben Orientierung für eine soziale Ordnung, die unserem christlichen Menschenbild entspricht.

Es ist nicht Aufgabe des Kolpingwerkes Deutschland, all jene zu verurteilen, die – vielleicht auch aus Enttäuschung und Frustration – mit der AfD sympathisieren, sie vielleicht sogar wählen. Der Bundesvorstand ruft ausdrücklich dazu auf, die eigene Haltung und das eigene Handeln zu hinterfragen. Er ist davon überzeugt, dass es der falsche Weg ist, auf die Versprechungen und Verführungen rechter Populistinnen und Populisten hereinzufallen.

Herzlich danke ich den Referenten in unserem Bundessekretariat Dr. Victor Feiler, Dr. Michael Hermes und Alexander Suchomsky für die Erstellung der Handreichung.



Ulrich Vollmer  
Bundessekretär

Köln, im Juni 2019

# 1. Stellungnahme des Bundesvorstandes des Kolpingwerkes Deutschland zur Alternative für Deutschland

Die AfD ist keine Alternative! Kolpingwerk Deutschland zur „Alternative für Deutschland“

Mit dem Einzug in den Deutschen Bundestag im Herbst 2017 ist die „Alternative für Deutschland“ (AfD) auf allen politischen Ebenen präsent und gehört damit erkennbar zur deutschen Parteienlandschaft. Scheiterte die einstige Anti-Euro-Partei bei der Bundestagswahl 2013 noch knapp an der Fünf-Prozent-Hürde, so gelang ihr im September 2017 mit einem Ergebnis von 12,4 % der Einzug in den Deutschen Bundestag. Dort ist sie als größte Oppositionspartei sogar die Oppositionsführerin und besetzt damit wichtige Ausschussvorsitze. Die AfD ist in den zurückliegenden Jahren vor allem mit bewussten Grenzüberschreitungen in Wort, Schrift und politischer Praxis hervorgetreten. Dies alles verfolgt der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland mit großer Sorge.

Grundsätzlich lassen sich die Positionen der AfD in vielen Punkten widerlegen – sowohl ihre Aussagen im Grundsatzzprogramm als auch Aussagen ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten. Nach Ansicht des Kolpingwerkes widersprechen von der AfD propagierte Inhalte den Werten unserer freiheitlichen Demokratie. Wenn das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet wird, wenn man offen bekennt, dass man jemanden, wie Jérôme Boateng nicht als Nachbarn haben möchte, wenn man aus dem Dritten Reich entlehnte Begriffe wie „völkisch“ wieder in den üblichen Sprachgebrauch einführen will – dann gilt es, ein klares Zeichen dagegen zu setzen.

Auffallend ist, dass rechtsradikale Kommentare und Provokationen von Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD un widersprochen bleiben. Wer rassistischen Aussagen nicht widerspricht, der akzeptiert sie.

Auch gewählte Vertreterinnen und Vertreter der AfD äußern sich teilweise antisemitisch, rassistisch und homophob. Sie sorgen damit für einen Anschluss an rechtsradikale und rechtsextremistische Kreise und Organisationen. Sie wollen damit menschenverachtendes Gedankengut anschlussfähig machen an das bürgerliche Milieu.

Mit Blick auf das Grundsatzzprogramm der AfD möchte das Kolpingwerk anhand ausgewählter Politikbereiche deutlich machen, dass es fundamentale Unterschiede gibt zwischen dem, wofür die AfD steht und dem, wofür das Kolpingwerk einsteht:

## Europa geht nicht mit der AfD

Die AfD lehnt ein geeintes Europa ab. Die AfD behauptet, dass nur der Nationalstaat „die Freiheit und Sicherheit der Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und einen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet“. Die AfD fordert eine Beschränkung der Europäischen Union auf rein wirtschaftliche Angelegenheiten. In Fragen einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, und Entwicklungspolitik soll die EU erst gar keine Kompetenzen mehr erhalten. Die AfD geht inzwischen so weit, nicht mehr nur die Abschaffung des EURO, sondern offen einen Austritt der Bundesrepublik aus der EU zu fordern. Sie setzt damit alles aufs Spiel, was die Außenpolitik der Bundesrepublik im Kern ausmacht. Die AfD sympathisiert mit einer Flucht aus historischer Verantwortung.

Für das Kolpingwerk sind Zusammenarbeit und Frieden in der Europäischen Union wesentliche Politikziele. Europa mit der längsten Friedensphase gäbe es nicht ohne den Gedanken der Versöhnung und Zusammenarbeit. Es gäbe kein Europäisches Kolpingwerk ohne den Gedanken der nationsübergreifenden Zusammenarbeit. Das Kolpingwerk steht für Kooperation statt Ab- und Ausgrenzung.

### **Moderne Familienpolitik geht nicht mit der AfD**

Bei der Familienpolitik wird das rassistische Denken der AfD besonders deutlich. Deutsche Kinder werden höher bewertet als nichtdeutsche. Familienpolitik ist für die AfD insbesondere Bevölkerungspolitik für Deutsche. In dieser Argumentationslogik können nur „deutsche“ Familien und deren Kinder die Herausforderungen der Demografie lösen. Dieses Bekenntnis der AfD gründet auf Rassismus. Diese Familienpolitik ist funktionalistisch. Männer und Frauen werden lediglich als potenzielle Eltern gesehen, die dem Staat zu dienen haben, indem sie Nachwuchs zeugen, um das „eigene Staatsvolk“ (so drückt es die AfD aus) zu erhalten.

Für das Kolpingwerk sind alle Menschen gleich. Familie ist die Keimzelle einer Gesellschaft. Kinder nicht deutscher Eltern als vernachlässigbar zu betrachten, verbietet das christliche Menschenbild. Für das Kolpingwerk Deutschland ist Familienpolitik mit einem Mehrwert für Familien verbunden.

### **Klimapolitik geht nicht mit der AfD**

Die AfD leugnet den Klimawandel und die Erderwärmung. Die Eindämmung der schädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen betrachtet sie ausschließlich als „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes und Senkung des Lebensstandards“. Die AfD droht, dass der Lebensstandard sinkt, wenn man aktive Klimapolitik betreibt. Klimaschutzorganisationen will sie nicht mehr unterstützen!

Für das Kolpingwerk ist der nachhaltige Schutz der Lebensbedingungen unerlässlich. Wer die Ressourcen der Welt unverantwortlich verbraucht, lebt auf Kosten nachfolgender Generationen. Klimaschutz und Klimapolitik sind für das Kolpingwerk der einzige Weg, die Schöpfung zu bewahren.

### **Migration und Integration geht nicht mit der AfD**

Die AfD spricht „von einer Völkerwanderung historischen Ausmaßes“<sup>1</sup> und erzeugt damit Angst. Sie spricht von Zuwanderungsquoten, nicht von Menschen, die vor Kriegen, Gewalt und Verfolgung auf der Flucht sind. Sie zeichnet ein nahezu apokalyptisches Bild der Überschwemmung Deutschlands durch Masseneinwanderung. Sie setzt Zuwanderung mit Asyl gleich. Hier schimmert nationalistisches Denken durch.

Das Kolpingwerk zeichnet sich durch seinen Einsatz für Geflüchtete aus. Das Kolpingwerk betrachtet Geflüchtete nicht als Menschen zweiter Klasse. Das christliche Menschenbild verbietet jede Form der Hilfeverweigerung! Viele verbandliche Gliederungen haben ganz konkrete Hilfestellungen für Geflüch-

<sup>1</sup> Seite 116 des Wahlprogramms

tete geleistet und unterstützen durch umfassende Integrationsarbeit. Während die AfD Assimilation als Form der Integration anstrebt, steht für das Kolpingwerk außer Frage, dass Integration eine gemeinsame Aufgabe der Aufnahmegesellschaft und der Geflüchteten ist. Das Engagement und der Wille aller Beteiligten sind gefragt.

### Ein friedliches Miteinander der Religionen geht nicht mit der AfD

Die AfD zeichnet in ihrem Grundsatzprogramm ein Bild der islamischen Machtstärkung gegenüber ursprünglich kirchlicher Privilegien und christlicher Kultur. Auf gesellschaftlicher Ebene sieht sie die Grundsätze unserer Werteordnung, die Gesellschaft und den Staat durch die stetig wachsende Zahl von Muslimen in großer Gefahr. Im Grundsatzprogramm wird diese Gefahr durch die Radikalisierung einiger Muslime, die Bildung von Parallelgesellschaften und der fehlenden Akzeptanz unserer Rechtsordnung im Gegensatz zur Scharia begründet.

Das Kolpingwerk ist ein katholischer Verband mit ökumenischer Offenheit. Es versteht sich als Teil der katholischen Kirche. Der Glauben an den einen Gott verpflichtet uns zugleich zum

Dialog mit allen Menschen guten Willens. Offenheit bedeutet auch, mit Andersgläubigen im interreligiösen Dialog zu stehen und damit ein friedliches Miteinander der Religionen zu pflegen. Religion spielt in der Menschheitsgeschichte stets eine zentrale Rolle. Es liegt in der Natur des Menschen, über seine Bestimmung und Verantwortung gegenüber einer höheren Instanz nachzudenken. Religion bietet eine Chance zur Kultivierung des Menschen. Religion darf aber nicht zur Instrumentalisierung von Macht und damit verbundener Ausgrenzungen sowie der Verbreitung von Hassbotschaften missbraucht werden.

### Die AfD ist keine Alternative!

Es ist nicht Aufgabe des Kolpingwerkes, all jene zu verurteilen, die – vielleicht auch aus Enttäuschung und Frustration – mit der AfD sympathisieren, sie vielleicht sogar wählen. Wir rufen jedoch dazu auf, genau hinzuschauen und die eigene Haltung sowie das eigene Handeln zu hinterfragen. Wir sind davon überzeugt, dass es der falsche Weg ist, den Versprechungen und Verführungen rechter Populistinnen und Populisten zu folgen.

Köln, 23. Februar 2019

---

## 2. Hinweise zu den Quellen

In dieser Arbeitshilfe wird ausschließlich auf das gültige Partei- und Wahlprogramm<sup>2</sup> der AfD zurückgegriffen, wenn es um Zitate geht und Quellen, die unsere Aussagen belegen. Das hat folgenden Grund: Aussagen aus dem Partei- und Wahlprogramm können als repräsentative Meinung der AfD angesehen werden, sie sind mehrheitlich von ihr akzeptiert. Anders verhält es sich bei Aussagen von einzelnen Vertretern/Vertreterinnen der AfD: Bei diesen ist nicht zweifelsfrei sicher,

ob sie nur die private Meinung einzelner AfD-Politiker wiedergeben oder ob diese Meinung auch mehrheitlich von den Parteimitgliedern und Organen und Gremien der AfD getragen wird. Auf Einzelaussagen als Quellen verzichten wir daher bei der Darstellung von Positionen der AfD, auch wenn gerade Aussagen von AfD-Politikern/Politikerinnen deren Menschenbild und „Geisteshaltung“ teilweise besonders verdeutlichen!

---

<sup>2</sup> für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017

# 3. Bewertungen zu Aussagen aus dem Wahl- und Grundsatzprogramm der AfD zu ausgewählten Politikbereichen

Im Folgenden werden ausgewählte Aussagen der AfD aus ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2018 und aus ihrem Grundsatzprogramm dargestellt. Im Anschluss erfolgt eine Kommentierung aus Sicht des Kolpingwerkes.

## 3.1 Europapolitik

**AfD:** „Wir lehnen die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.“  
(Grundsatzprogramm, S. 17)

**Kommentar:** Die AfD unterstellt, dass die „Vereinigten Staaten von Europa“<sup>3</sup> nicht die Freiheit und Sicherheit der (deutschen) Bürger garantieren können. Das kann nur ein „souveräner Staat“, also einer, der sich abgrenzt von anderen Staaten, auf nationale Egoismen setzt und eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten in staatsübergreifenden Politikfeldern, etwa wie Verteidigung, daher strikt ablehnt. Das Besondere an der Argumentation ist die geschickt versteckte und als logisch empfundene Botschaft, die hier transportiert werden soll: Die AfD unterstellt einfach, dass nur ein souveräner Staat Wohlstand fördert! Also muss deswegen Deutschland die EU verlassen, so die Logik der AfD.

Dass gerade die Bundesrepublik Deutschland als Exportweltmeister ihren Wohlstand wesentlich auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit und internationalem Handel gründet, verschweigt die AfD und versucht somit die Wählerin und den

Wähler in die Irre zu führen und für die eigene Ideologie zu gewinnen. Nationalistische Ideologie ist der AfD offenbar wichtiger als politische Realität.

**AfD:** „Die Vision eines europäischen Großstaates läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten, mit den sie tragenden Völkern, ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte. Nur sie können diese hinreichend sichern.“  
(Grundsatzprogramm, S. 32)

**AfD:** „Die Versprechen, durch multinationale Großstaaten und internationale Organisationen einen Ersatz für funktionierende demokratische Nationalstaaten zu schaffen, werden nicht eingehalten und sind nicht einhaltbar. Es handelt sich dabei um ideengeschichtlich alte Utopien. Sie zu realisieren, hat stets großes Leid über die Menschen gebracht. Stabile demokratische Nationalstaaten sind das Fundament einer friedlichen Weltordnung“.  
(Grundsatzprogramm, S. 33)

<sup>3</sup> An dieser Stelle wird ein besonderer „Trick“ der AfD deutlich: Die „Vereinigten Staaten von Europa“ gibt es nicht. Die AfD argumentiert mit Unterstellungen, um den Leser in die Irre zu führen.

**Kommentar:** Die AfD behauptet auch hier scheinbar logisch und nachvollziehbar, dass „größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte“ nur mit einem souveränen, das heißt Nationalstaat, erreicht werden können.

Die AfD erwähnt jedoch nicht, dass Europa als Antwort auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges entwickelt wurde. Das Bestreben Adenauers und De Gaulles war die Aussöhnung zwischen den Völkern. Staaten sollten zusammenarbeiten und nicht mehr gegeneinander agieren, indem sie ausschließlich ihre Nationalegoismen (kriegerisch) durchsetzen. Das geschah zunächst durch die Montanunion und die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und anschließend als politische Union.

Die AfD hingegen will mit ihrer Wiedererrichtung eines Nationalstaates, dem angestrebten Ausstieg aus der EU<sup>4</sup> und der Abschaffung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten egoistisch agierende Einzelstaaten machen. Damit konträrkariert sie die Versöhnungs- und Friedenspolitik von Adenauer und De Gaulle, die nach dem 2. Weltkrieg die Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarländern maßgeblich geprägt hat.<sup>5</sup>

Die als Faktum daher kommende Unterstellung, dass nur demokratische Nationalstaaten den Frieden sichern können, ist schlicht falsch. Im Gegenteil vertreten wir die Ansicht, dass Kooperation, gemeinsame Vereinbarungen und supranationale Organisationen wie die UNO das Fundament für ein friedliches Miteinander bilden!

---

## 3.2 Familienpolitik

**AfD:** „Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“  
(Grundsatzprogramm, S. 83)

**AfD:** „Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen demografischen Lage Deutschlands nur mit einer aktivierenden Familienpolitik gelingen.“  
(Wahlprogramm, S. 49)

**AfD:** Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“  
(Grundsatzprogramm, S. 81)

**Kommentar:** Auch in der Familienpolitik schimmert die teils rassistische Einstellung der AfD durch. Die zitierten Stellen zeigen, dass es der AfD weniger um den Wert der Familie als solche geht, sondern dass ausschließlich deutsche Kinder und deutsche Eltern („eigenes Staatsvolk“, „einheimische Bevölkerung“) mit Familie gemeint sind. Im Umkehrschluss heißt das:

---

<sup>4</sup> siehe Nominierungsparteitag zur EU-Wahl

<sup>5</sup> Auf ihrem Nominierungsparteitag zur EU-Wahl hat sie die Position der Abkehr von Europa nochmal betont und als Ziel ausgegeben: „Dexit“, also Austritt aus der EU.

Familien ausländischer Herkunft wird „Konfliktträchtigkeit“ („Masseneinwanderung“) unterstellt und damit abgewertet. Nach dieser Logik kann das demografische Problem nur gelöst werden, wenn Deutsche („eigenes Staatsvolk“) mehr Kinder bekommen. Ausländische Kinder und deren Familien tragen nach Auffassung der AfD nicht zur Lösung des Demografieproblems bei.

Dass etwa auch ausländische Kinder erfolgreich eine Ausbildung oder ein Studium abschließen und somit zur Wertschöpfung beitragen und gleichzeitig auch deutsche Kinder und Jugendliche von sozialen Sicherungssystemen abhängig sind, wird von der AfD verschwiegen. Die AfD frönt ihrem rassis-

tischen Menschenbild auch hier. Das ist so dominierend, dass sie auch unsinnige Behauptungen aufstellt. Die Welt wird nach dem nationalistischen Bild zurechtgelogen!

Die AfD nutzt den vermeintlichen Schutz der „traditionellen Familie“ als Deckmantel für ihr völkisch-nationalistisches Gedankengut. Familienpolitik hat in dem Sinne „aktivierend“ zu sein, in dem die Geburtenrate der „einheimischen Bevölkerung“ zu steigern ist. An die Seite einer vermeintlichen Unterstützung von Familien tritt damit ein funktionalistisches Bild von Familienpolitik, welche als Deckmantel für die Zielerreichung einer möglichst homogenen (in diesem Falle einer „deutschen“) Volksgruppe fungiert.

---

### 3.3 Umwelt- und Klimapolitik

**AfD:** „Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO<sub>2</sub>-Konzentration zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden.“

(Grundsatzprogramm, S. 156)

**Kommentar:** Man kann jedes Faktum zum Glaubenssatz erheben. Natürlich ist es auch erlaubt zu glauben, dass 2 und 2 in der Summe 17 ergibt. Ähnlich verhält es sich bei der AfD-Argumentation zum Thema Erderwärmung/Klimaschutz. Dass der Klimawandel und dessen Folgen mittlerweile für jeden in Form von Umweltkatastrophen erkennbar ist und auch von

wissenschaftlicher Seite her nicht (mehr) negiert wird, wird schlicht geleugnet. Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der CO<sub>2</sub>-Emission werden als „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes“ und als Senkung des Lebensstandards betrachtet. Die AfD droht: Der eigene Lebensstandard sinkt, wenn man aktive Klimapolitik betreibt. Auch hier heißt der Umkehrschluss: Ein aktiver Klimaschutz ist daher abzulehnen.

Die AfD argumentiert nach dem Motto: Auch das für jeden offensichtliche Faktum der Klimaveränderung darf kein Anlass sein, Verhalten und Wirken zu ändern. Auch die Natur gefährdende Arbeitsplätze sind wichtiger als der Klimaschutz. Klimaveränderung als solche wird schlicht geleugnet, damit man sich nicht mit Alternativen in der Energieversorgung beschäftigen muss. Damit wird der breit akzeptierte Konsens über den Atomausstieg seitens der AfD revidiert. Mit dieser Einstellung raubt man heute nachfolgenden Generationen ihre Lebens- und Existenzgrundlage. Was nachfolgende Generationen davon halten, braucht nach diesem fatalistischen Menschenbild nicht mehr beantwortet werden.

**AfD:** „CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.“

(Grundsatzprogramm, S. 157)

**Kommentar:** Eine Klima- und Umweltpolitik, die die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Werte anstrebt, wird von der AfD strikt abgelehnt. Sie verwirft somit sämtliche Erkenntnisse der Umweltforschung. Sie leugnet die Ursachen des Klimawandels. Klimaschutzorganisationen sollen mundtot gemacht werden. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die AfD fordert:

**AfD:** „Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen.“

(Grundsatzprogramm, S. 170)

**Kommentar:** Eine Umweltpolitik, die auf Nachhaltigkeit setzt, wird von der AfD abgelehnt. Die AfD leugnet wissenschaftliche Fakten, wie die durch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bedingte Erderwärmung. Folgen der Erderwärmung in Form von immer mehr Naturkatastrophen werden ausgeblendet. Insgesamt besteht die Expertise der AfD zur Umweltpolitik darin, die von der Weltgemeinschaft erkannten Mindestmaßnahmen abzulehnen. Subventionen in erneuerbare Energien lehnt die AfD daher „logischerweise“ ab.

Allerdings kann von einer eigenständigen Umweltpolitik der AfD nicht gesprochen werden: Sie erarbeitet keine Lösungsvorschläge zu Umweltfragen. Umweltpolitik der AfD heißt: Die Folgen des Klimawandels leugnen, um alte und teilweise überholte Arten der Energieerzeugung zu rechtfertigen. Daher fordert sie in ihrer Sicht logisch, Subventionen in erneuerbare Energien abzuschaffen.

---

## 3.4 Migrations- und Integrationspolitik

**AfD:** „Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. Im Hinblick auf Bevölkerungsexplosion, kriegerische und religiöse Konflikte und Klimaextreme<sup>6</sup> in vielen Ländern, insbesondere des afrikanischen Kontinents und des Nahen und Mittleren Ostens, stehen wir erst am Anfang weltweiter, bislang unvorstellbarer Wanderungsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Staaten.“

(Grundsatzprogramm, S. 116)

**Kommentar:** Die AfD beginnt ihr Kapitel mit einem nahezu apokalyptischen Bild einer weltweiten Bedrohung Europas! Auch hier wird deutlich: Ohne Feindbild und Horrorvisionen kommt die AfD nicht aus.

---

<sup>6</sup> Hier sei darauf hingewiesen, dass die AfD Klimaextreme nennt, was Klimawandel ist. Das ist insofern wichtig, als die AfD Klimawandel durch CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Grundsatzprogramm nicht als erwiesen hält!

**AfD:** „Gerade beim politischen Thema Asyl und Einwanderung verantwortet ein ideologisch vergiftetes Klima der „politischen Korrektheit“ Sprachverbote und Sprachregelungen. Verstöße führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien. Fehlentwicklungen im Asyl- und Einwanderungsbereich sollen um eines befürchteten Umschwungs der öffentlichen Meinung willen nicht zur Sprache kommen; gleichzeitig soll vom völligen Versagen der Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre durch die herrschenden Parteien abgelenkt werden. Eine offene Diskussion wird damit verhindert. Das alles führt zu ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen, integrierten ausländischen Mitbürger als auch der rechtstreuen Asylbewerber. Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein. Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung muss auch auf diesem Politikfeld wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden.“

(Grundsatzprogramm, S. 114)

**Kommentar:** Dieses Kapitel zeigt besonders eindrucksvoll die geschickte wie perfide Argumentation der AfD. Sie unterstellt in besonders dramatischen Szenarien die Vorherrschaft antidemokratischer Tendenzen wie „Sprachverbote“, „politische Korrektheit“, „beruflichen Nachteilen“, wenn man sich gegen die herrschende Meinung stellt („unangepasste Meinungen“), um dann gleich auch noch einen Vergleich mit „totalitären Staaten“ zu ziehen. Wer das als Außenstehender liest und die Wirklichkeit nicht kennt, der könnte zum Ergebnis kommen, dass die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zu einer Diktatur ist.

Einen Schritt weitergedacht liegt es aufgrund dieser Schilderung des „Zustandes der bundesrepublikanischen politischen Kultur“ nahe, dass die AfD gegen diese antidemokratischen Zustände kämpfen muss. Sie und nur sie ist der Garant für Meinungsfreiheit und gegen „Sprachverbote“! Mit Begriffen wie „völliges Versagen“ bei der „Asyl- und Einwanderungspolitik“ wird in dramatisierender Weise eine Bedrohung herbeigeredet, die quasi die völlige Hilflosigkeit des Staates feststellt.

Erst die AfD, so wird suggeriert, stellt die freie Meinungsäußerung wieder her. Und jetzt kommt eine besonders perfide Argumentation: Weil es die freie Meinungsäußerung angeblich nicht gibt, führt das dazu, dass es zu „ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber rechtstreuen Asylbewerbern kommt“! Das ist ein Treppenwitz! Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Nur die AfD schützt die rechtstreuen Asylbewerber vor falschen Verdächtigungen! Daher fordert die AfD das Recht auf freie Meinungsäußerung – die es ja angeblich nicht gibt, obwohl diese in Art. 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland festgelegt ist. Mit „freier Meinungsäußerung“ meint sie aber in Wirklichkeit das Recht auf verschiedene Formen von Beleidigungen und Hetze, Diskriminierung und offen rassistische Denunziation von Asylanten, Migranten und allen anderen Nichtdeutschen, das in den eigenen Reihen „gepflegt“ wird.

Das ist auch die Erklärung dafür, warum die AfD rechtsradikale Reden von AfD-Mitgliedern und Mandatsträgern nicht sanktioniert. Rechtsradikale Reden gehören nach Auffassung der AfD zum „Recht der freien Meinungsäußerung“! Eine geschickte wie perfide Argumentationslogik.

## 3.5 Religion in einer freiheitlichen Gesellschaft

In keinem Kapitel des Grundsatzprogramms finden sich eigenständige Aussagen zum Thema Religionsfreiheit. Auch im ersten, einleitenden Kapitel mit dem Titel „Demokratie und Grundwerte“ wird das Thema Religion nicht erwähnt. Auch fehlt jeder Bezug zum christlichen Menschenbild.

**Kommentar:** Religion wird bei der AfD erst dann Thema, wenn es gegen den Islam instrumentalisiert werden kann. Auch hier wird deutlich, dass etwa Werte wie christliches Denken und Handeln keine Überzeugungs- und Handlungsgrundlage für die AfD darstellen. Im Gegenteil: Es finden sich vielfach Stellen, die dem christlichen Menschenbild widersprechen. Im Wahlprogramm (S. 44–48) führt ein eigenes Kapitel die Überschrift: „Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Das verdeutlicht die Sicht der AfD auf Religion. Entweder wird sie nicht genannt, da unwichtig (christliches Menschenbild) oder instrumentalisiert, um Anhänger einer Religion auf Konfliktgefahren zu reduzieren. Beispielhaft für die Negativsicht auf eine Religion ist folgende Aussage im Wahlprogramm (S. 45): „In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Wertordnung.“

Dem Islam wird Bedrohungspotential zugewiesen. Es wird nicht davon gesprochen oder gar festgestellt, dass jeder Religion in Deutschland nach dem Grundgesetz das Recht der freien Religionsausübung zusteht. Stattdessen wird eine bestimmte Religion in abfälliger und denunzierender Weise dargestellt und ihre Existenz mit einer Gefahr gleichgesetzt.

In noch drastischerer und diskriminierender Weise erlaubt sich die AfD einen Sprachgebrauch, der jede Form der Achtung von religiösen Gefühlen missen lässt. Damit wird abermals deutlich, welche Meinung die AfD grundsätzlich von Religionen hat. Dort heißt es: „Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftszeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich hierbei um religiösen Imperialismus“ (Wahlprogramm, S. 46). Im Umkehrschluss müsste etwa eine katholische Kirche in einem nicht vorwiegend katholischen Land ebenfalls als „religiöser Imperialismus“ aufgefasst werden! Gilt das auch für den Katholizismus in den neuen Bundesländern?



Illustration: Maria Zalfen-Lenz

**Für Engagierte  
im Kolpingwerk:  
Fit für Kolping!**

**Das Kolpingwerk lebt von Frauen und Männern, die Verantwortung übernehmen. Auch die effektivste Verbandsstruktur kommt nicht ohne Menschen aus, die sie mit ihrer Persönlichkeit und ihren Kompetenzen ausfüllen. Das Kolpingwerk Deutschland hat daher den Kurs „Fit für Kolping“ (ehemals „Jahreskurs“) entwickelt.**

Inhaltlich geht es im ersten Modul um die Grundlagen des Verbandes. Dazu zählen die Person Adolph Kolping, das Leitbild und die Strukturen des Verbandes. Die Termine und Inhalte der drei Vertiefungsmodule werden von den Teilnehmenden festgelegt. Mögliche Inhalte sind dann beispielsweise: Katholische Soziallehre, Öffentlichkeitsarbeit oder Impulse für generationsübergreifendes Handeln.

Weitere Informationen dazu können im Bundessekretariat des Kolpingwerkes Deutschland eingeholt werden. Ansprechpartner ist Michael Hermes ([michael.hermes@kolping.de](mailto:michael.hermes@kolping.de))



## 4. Menschen- und Gesellschaftsbild – AfD und Kolpingwerk im Vergleich

### 4.1 Das Menschen- und Gesellschaftsbild der AfD

Die AfD nennt das Prinzip der Gleichheit aller Menschen nicht. Aus dem Grundsatzprogramm lässt sich an vielen Stellen herauslesen, dass nicht alle Menschen die gleichen Rechte besitzen sollen! Die AfD stellt damit eine Hierarchie der Menschheit her. Sie argumentiert damit rassistisch. Ihre Aussagen beruhen auf dem Freund-Feind-Denken. Feinde sind jene, die nicht dem „Staatsvolk“ (gemeint sind mit diesem Begriff nur deutsche Bürgerinnen und Bürger) angehören. Das Individuum tritt hinter dem „Staatsvolk“ zurück. Die AfD „denkt“ und argumentiert somit in völkischen Kategorien!

Die AfD geht nicht von der Einzigartigkeit jedes Menschen und seiner ihm innewohnenden Würde als Abbild Gottes aus. Sie hat ein anderes Verständnis, das sich von den christlichen

Kategorien absetzt. Die AfD spricht stattdessen von Volk, aber nicht vom Individuum.<sup>7</sup> Damit werden nicht jedem Menschen die gleichen individuellen Rechte zugestanden. Aussagen im Grundsatzprogramm der AfD belegen die „Ideologie der Ungleichheit“. Auf diese Weise wird rassistisches Denken zum Maßstab politischen Handelns erhoben. Die Kategorie „Volk“ hat für die AfD eine höhere Bedeutung als der einzelne Mensch!

Mit dem rassistischen Grundtenor dieses „Denkens“ können unter strategischen Gesichtspunkten Versäumnisse des „eigenen Volkes, resp. deren Mitglieder“ geleugnet werden. Fehler machen „die Anderen“ und die „Alt-Parteien“, Asylanten und Geflüchtete. Sie sind daher das Problem!

### 4.2 Menschen- und Gesellschaftsbild des Kolpingwerkes

Denken und Handeln des Kolpingwerkes basieren auf dem christlichen Menschenbild. Für das Kolpingwerk ist jeder Mensch Abbild Gottes und damit jeder dem anderen gleichgestellt. Unterschiedliche Begabungen der Menschen fassen wir nicht als Qualitätsunterschiede zwischen den Menschen auf. Im Gegenteil: Die Vielfalt der Begabungen tragen zur Vielfalt einer Gesellschaft bei. Weil jeder Mensch Abbild Gottes ist, verbietet sich jede Form der Diskriminierung von

Menschen. Für das Kolpingwerk sind die Prinzipien der christlichen Gesellschaftslehre alleiniger Maßstab gesellschaftlichen Handelns. Bei allem Handeln behält das Kolpingwerk die Bedürfnisse der schwächsten Glieder der Gesellschaft im Blick (Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland, Ziffer 33). Jede Form nationalistischer Erhöhung über andere Nationen widerspricht dem christlichen Menschenbild und wird vom Kolpingwerk strikt abgelehnt!

<sup>7</sup> „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ war schon ein Standardargument im Nationalsozialismus. Damit wird deutlich, dass der Wert eines Menschen geringer anzusehen ist als der der Kategorie „Volk“. Der Einzelne hat auch weniger Ansprüche.

## 5. Die versteckten Rassismen der AfD

### 5.1 Ungleichheit als Markenzeichen: Der Mensch als Ebenbild Gottes existiert für die AfD nicht

Das Prinzip der Ungleichheit als Markenzeichen der AfD-Ideologie zeigt sich an verschiedenen Aussagen und Forderungen im Grundsatzprogramm. So wird etwa Muslimen die Ausübung ihrer Religion, resp. ihrer jeweiligen religiösen Sitten und Gebräuche nicht selbstverständlich zugestanden (59–60).

Gegen das Prinzip der freien und gleichberechtigten Religionsausübung wird verstoßen. Die AfD stellt damit eine Hierarchie auf und widerspricht der Gleichheit der Religionen!

---

### 5.2 Volk statt Individuum

Die AfD spricht bei ihren Forderungen von Volk und meint damit ausschließlich das deutsche Volk und nicht alle Mitglieder einer Gesellschaft! Das ist für das politische Denken der AfD ganz wesentlich, leiten sich daraus doch alle ihre Forderungen und politischen Einstellungen ab. Die AfD hat den Einzelnen als individuelles Wesen und damit als Ebenbild Gottes (das die Ungleichheit aller Menschen verbietet) nicht im Blick. Stattdessen operiert sie mit dem Kollektivbegriff „Volk“, um die Einmaligkeit jedes Menschen nicht in den Blick nehmen zu müssen.

Diese Einstellung widerspricht der humanistischen Idee! Mit dieser Einstellung soll und kann in der politischen Auseinandersetzung vom individuellen Versagen eines Einzelnen (Deutschen!) abgelenkt werden. Es sind „Deutsche“ zu schützen und nicht der einzelne (ausländische) Mensch. Somit können Angehörige anderer Völker als „nichtdeutsch“ und damit weniger bedeutsam und vernachlässigbar betrachtet werden.

## 5.3 Verschleierung der Realität

Die AfD spricht von der Gefahr von „Parallelgesellschaften“. Als Parallelgesellschaft meint sie die autonome Ausübung bestimmter religiöser und kultureller Überzeugungen und Werthaltungen bestimmter Gruppen. Gleichzeitig wird unterstellt, dass Gruppen, die etwa ihre Religion unter Gleichgesinnten autonom ausüben (45), und die wegen ihrer spezifischen Kultur und Lebensweise in diesem Fall nur wenig Berührungspunkte mit Gruppen anderer kultureller und religiöser Haltungen haben, potenziell gefährliche „Geheimgesellschaften“ sind.

Jede Gesellschaft ist heterogen. Es gibt nicht nur das „eine Staatsvolk“! Es gibt daher auch nicht nur Bayern oder Hamburger, Katholiken oder Protestanten, sondern auch Migranten oder zugezogene Bürgerinnen und Bürger. Die Existenz von Parallelgesellschaften, also vieler unter-

schiedlicher kultureller Gruppen und regional spezifischer Gepflogenheiten, ist Ausdruck vielfältiger Kultur. Das Recht, die eigene religiöse und kulturelle Überzeugung nach eigenen Maßstäben leben zu dürfen, ist Kennzeichen einer freiheitlichen Grundordnung und durch das Grundgesetz garantiert.

Das Recht, kulturspezifische und religiöse Überzeugungen zu leben, gesteht die AfD dem Islam in Deutschland jedoch nicht zu.

Damit verstößt sie gegen das grundgesetzlich garantierte Recht der freien Religionsausübung! Auch in diesem Fall zeigt die AfD, dass sie Sonderrechte für eine bestimmte Gruppe reklamiert (Islam hinter anderen Religionen) und andere Gruppen dabei abwerten will!

---

## 5.4 Nationale Bevölkerungspolitik

Die AfD scheut sich nicht (mehr), rassistische Positionen zu verschleiern. Im Gegenteil. So fordert sie etwa (49), eine „nationale Bevölkerungspolitik“. Gemeint ist damit der „Erhalt des eigenen(!) Staatsvolkes“ (49). Den sozialen Frieden sieht sie nur dann garantiert, wenn die „Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen(!) Bevölkerung“ gelingt. Nur so können die „Sozialversicherungssysteme stabilisiert“ werden. Damit unterstellt sie gleichzeitig, dass Nichtdeutsche, also zugezogene Bürgerinnen und Bürger, Migrantinnen und Migranten etc., nicht zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme beizutragen in der Lage wären!

Zu welchen abstrusen Forderungen diese offen rassistische Position führt, zeigt sich gleich: So fordert die AfD, das

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend umzuwandeln in ein „Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung“, das „Bevölkerungsentwicklung nach wissenschaftlichen Kriterien koordiniert und fördert“!

Unabhängig davon, dass fraglich bleibt, was die Wissenschaft dazu beitragen soll, um den Anteil der deutschen Bevölkerung zu steigern, wird auch hier das rassistische Menschenbild zugrunde gelegt. Nicht der einzelne Mensch ist aus Sicht der AfD bedeutsam (für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme), sondern nur ein deutsches Kind (nach wissenschaftlichen Kriterien?) sichert die sozialen Sicherungssysteme. Ein ausländisches Kind wird eher als ausschließlicher Kostenfaktor gesehen!<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Dass auch deutsche Kinder Versager sein können und somit nicht zum Erhalt der sozialen Sicherungssysteme beitragen und sie sogar belasten, wird von der AfD konsequenterweise nicht erwähnt!

In der Konsequenz der AfD-Argumentation ist dann auch nicht überraschend, dass im gleichen Kapitel des Grundsatzprogramms gefordert wird: „Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des Staatsvolkes sind daher als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen.“

Sensibel sein für die AfD-Rhetorik ist wichtig, um nicht „verführt“ zu werden. Der zitierte Satz zielt auf Anerkennung

seines Inhalts, indem eine populäre Forderung/Feststellung vorangestellt wird („kinderfreundliche Gesellschaft“). Nach dieser akzeptablen und zustimmungsfähigen Aussage kommt dann – fast unbemerkt – die Kernforderung: „Erhalt des Staatsvolks“! Damit ist gemeint: Ausgrenzung aller Nichtdeutschen! Die Wertigkeit eines Menschen bemisst sich nach Auffassung der AfD nach seiner Nationalität und bestimmt sich nicht über seine Würde!

Anzeige

*Gemeinsam  
nach vorne*  
Begleitung und Beratung  
von Kolpingfamilien

**Unser Angebot**  
**Ein Fitness-**  
**programm für**  
**Deine Kolping-**  
**familie**

fotolia/Tom Bayer

**Eure Kolpingfamilie soll fit werden bzw. fit bleiben, damit Ihr auch in Zukunft noch intensiv mitgestalten könnt!**

**Ihr sucht Begleitung und Beratung ...**

- ... zur Erstellung eines individuellen Konzeptes für Eure Kolpingfamilie.
- ... zur Selbstvergewisserung Eurer Arbeit. Denn auch wenn Ihr gute Arbeit leistet, so kann es nicht schaden, sich dies von anderen bestätigen zu lassen.
- ... zur Profilgewinnung Eurer Kolpingfamilie. Ihr habt auch jetzt schon ein Profil! Ihr möchtet jedoch, dass

dies noch geschärft und stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

- ... zur stärkeren Umsetzung Eures Programmes! Ihr seid stolz auf unser Leitbild, Ihr steht zu den Aussagen. Wie Ihr die dort formulierten Ziele als Kolpingfamilie noch besser umsetzen könnt, das möchten wir Euch zeigen.
- Weitere Informationen dazu können im Bundessekretariat des Kolpingwerkes Deutschland oder unter [www.kolping.de/bub](http://www.kolping.de/bub) eingeholt werden. Ansprechpartner ist Otto M. Jacobs ([otto.jacobs@kolping.de](mailto:otto.jacobs@kolping.de)).

# Flagge zeigen und Zeichen setzen!

Erhältlich im Kolping-Shop:

## Kolping-Flaggen

mit Wort-Bild-Marke

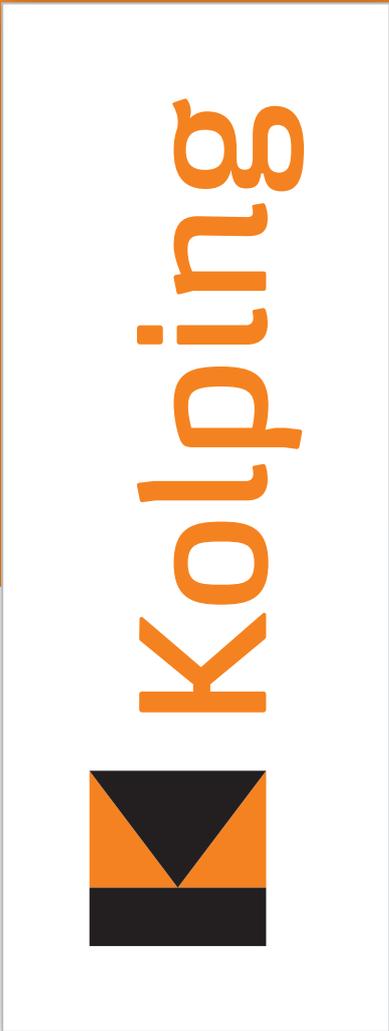
150 x 400 cm

Art.-Nr. 2619, Preis: 79,00 €

mit Logo/orange

150 x 400 cm

Art.-Nr. 2618, Preis: 79,00 €



Kolping



Kolping

[www.kolping.de](http://www.kolping.de)

## 6. Tenor von Grundsatz- und Wahlprogramm der AfD

Das Grundsatzprogramm der AfD ist mehr eine Aneinanderreihung populärer Forderungen als ein inhaltlich schlüssiges und ausgereiftes Programm mit Problemlösungsvorschlägen zu wesentlichen Politikfeldern. Es werden populäre Lösungen für schwierige Probleme aufgestellt. Probleme werden häufig auf die Existenz von Ausländern, Migranten und Flüchtlingen zurückgeführt.

Die AfD zeigt Probleme auf und nennt sogleich die „Schuldigen“ dieser Entwicklung. In der Regel sind das die „Altparteien“, mehr noch die Migranten, Flüchtlinge und Ausländer.

Die AfD spricht nicht vom einzelnen Menschen und dessen Würde. Stattdessen zielt ihre Politik auf das „Volk“ oder „Staatsvolk“ ab. Damit unterstellt sie, dass „Nichtdeutsche“ nicht zur Gesellschaft gehören sollen und damit auch nicht die gleichen Rechte haben wie geborene Deutsche! Der AfD geht es nicht um den einzelnen Menschen!

Das AfD-Grundsatzprogramm kommt ohne Feindbilder nicht aus. Damit lenkt es ab von der eigenen Ideenlosigkeit bei der Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme.

Die großen Probleme der Gesellschaft entstehen nach Auffassung der AfD durch die Anwesenheit von Ausländern, Migranten und Flüchtlingen.

Das Grundsatzprogramm der AfD ist ein Steinbruch populärer Forderungen ohne inhaltliche Stringenz. So fällt etwa auf, dass ihre Aussagen zum Kapitel Umwelt-, Natur-, Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft auf vier Seiten passen. Dabei nimmt der Punkt „Rahmenbedingungen für Kleingärten und Kleintierhaltungen“ tatsächlich so viel Platz in Anspruch wie das Kapitel über Verbraucherschutz!

Im Bereich Umweltpolitik hat die AfD keine konkreten Vorschläge zu Themen der Nachhaltigkeit und einem aktiven Umweltschutz. Sie macht keine Vorschläge, wie diese erreicht werden können! Sie macht vielmehr deutlich, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen zu einer umweltfreundlichen Energiegewinnung abgelehnt werden müssen. Sie leugnet, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß zur Erderwärmung führt!

## 7. Die AfD – was sie ausmacht und wie sie agiert

### 7.1 Strategie und Argumentation der AfD: logisch und verführerisch einfach

Seit dem Parteitag 2015 in Essen hat die AfD endgültig eine extreme politische Rechtswendung eingeschlagen. Seit dieser Zeit haben sich auffallend die menschenverachtenden und auch das Dritte Reich verharmlosenden wie verherrlichenden Aussagen durch Funktionäre und Mitglieder der AfD gehäuft.

Aus wahltaktischen Gründen werden rechtsextreme Aussagen von Parteimitgliedern als auch von Funktionären ge-

troffen. Auffallend ist, dass die AfD demokratiegefährdende Aussagen in der Regel nicht sanktioniert oder diese unwidersprochen bleiben. Damit wird deutlich, dass die AfD kein Interesse daran hat, rechtsextreme Äußerungen ihrer Mitglieder konsequent abzulehnen. Der Schluss liegt nahe, dass damit ganz bewusst an rechtsradikales Gedankengut in der Gesellschaft angedockt und dieses an die Partei gebunden werden soll.

### 7.2 Politische Probleme: Ergebnis der Politik der „Altparteien“

Die Logik der politischen Kommunikation der AfD ist folgende: Sie greift Themen/Probleme auf, die eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung genießen. Die damit verbundenen Probleme weist sie dem Wirken der „Altparteien“ zu. Daher – so die

Logik – braucht es nun mit der AfD eine neue Partei, die diese Probleme endlich löst, sodass die Versäumnisse der „Altparteien“ endlich korrigiert werden können.

### 7.3 Gegensatz aufbauen: Elite (Altparteien) – Volk (AfD) = Feind – Freund

Die AfD reduziert komplizierte Sachverhalte auf einfache Botschaften. Damit wird sie zwar komplexen politischen Fragestellungen nicht gerecht. Angesprochen werden damit jedoch jene Menschen, die sich von den verantwortlichen politischen Akteuren nicht mehr wahr- und ernstgenommen fühlen. Werden einfache Lösungen nicht umgesetzt – so die Logik in der Kommunikation der AfD – so liegt dies an den Interessen der herrschenden Eliten.

Die AfD erweckt den Eindruck, dass sie der Anwalt all jener Menschen sei, die gegen „die da oben“ und damit gegen die „Altparteien“ ankämpfen. Sie vertritt somit den „Volkskörper“. Zur Vereinfachung komplexer Sachverhalte wird das „Feind-Freund-Denken“ herangezogen.

## 7.4 Populäre Botschaften: Für ein rassistisches Menschenbild wird geworben

Die populären Thesen sind der sanfte Eintritt, um die eigentliche politische Botschaft zu verschleiern. Mit der Aufzählung von akzeptablen Thesen verbindet sie ihr Freund-Feind-Denken. Die genannten Misstände und Defizite werden auf

die Existenz der Migranten, Ausländer, Asylanten zurückgeführt. Dass politische Defizite auf das Wirken deutscher Politiker aller Parteien zurückzuführen sind, erwähnt die AfD nicht.



Anzeige

Foto: Ludolf Dahmen

Unterstützen  
auch Sie mit  
Ihrer Spende  
junge Menschen  
auf ihrem  
Lebensweg!

## Fördern, was wichtig ist.

„Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene suchen nach Orientierung und Werten, die ihnen Halt und Lebenssinn geben. Der Stiftungsfonds JUNGE MENSCHEN fördert Projekte, die sie dabei begleiten und stärken.“

Ihre Ansprechpartnerin für

**FONDS JUNGE MENSCHEN**

Sophie Dobelmann, [sophie.dobelmann@kolping.de](mailto:sophie.dobelmann@kolping.de)

▪ IBAN: DE13 3705 0299 0000 1268 61



**Kolping**

Gemeinschaftsstiftung  
Kolpingwerk Deutschland

## 8. Erklärungen und Positionierungen des Kolpingwerkes Deutschland und der Kolpingjugend

### 8.1 Erklärung des Bundeshauptausschusses vom 15. November 2015

**„Integration statt menschenverachtende Stimmungsmache!“**

**Bundeshauptausschuss des Kolpingwerkes Deutschland erwartet Bereitschaft zur Integration und verurteilt rechtsradikale Tendenzen**

Deutschland und Europa stehen aufgrund der aktuellen Flüchtlingsfrage vor großen Herausforderungen. Wer Flüchtlinge in unserem Land willkommen heißen will, sich diesen offen nähern und sie in unsere Gesellschaft integrieren will, der darf jedoch nicht die Augen vor den damit verbundenen Problemen und Herausforderungen verschließen.

Mit Sorge beobachtet der Bundeshauptausschuss des Kolpingwerkes Deutschland in diesem Zusammenhang verschiedene Tendenzen einer rechten Radikalisierung im Kontext von Problembeschreibungen zur Flüchtlingssituation in unserem Land. Sowohl einige Akteure in den Medien als auch einige gesellschaftliche und politische Gruppierungen, wie zum Beispiel AfD und Pegida, benutzen die Not der Flüchtlinge für eine menschenverachtende Stimmungsmache gegen die Schwächsten der Schwachen. Hilflöse Menschen in Not gegen andere Menschen in sozialen Notsituationen gegeneinander auszuspielen, ist unverantwortlich und nicht akzeptabel. Wer allerdings Fragen und Einwände von Bürgern von vornherein abtut, der nimmt diese Menschen mit ihren Ängsten und Sorgen nicht Ernst. Um sie nicht radikalen Kräften in die Arme zu treiben, bedarf es einer aufrichtigen Gesprächsbereitschaft in den demokratischen Parteien und einer offenen Diskussionskultur im öffentlichen und privaten Raum.

Integration gelingt nur, wenn sich beide Seiten aktiv darum bemühen! Das Kolpingwerk erwartet, dass Flüchtlinge aus anderen Kulturkreisen, die in unserem Land Aufnahme finden, die demokratischen Normen und Verhaltensweisen einer offenen und aufgeklärten Gesellschaft akzeptieren und mittragen. Eine aktive Ausgrenzung durch Einheimische als auch eine Ausgrenzung durch jene, die sich nicht integrieren wollen, darf es nicht geben!

Das Kolpingwerk fordert sowohl die Kirchen, Religionsgemeinschaften, Parteien als auch alle zivilgesellschaftlichen Organisationen auf, das Thema der Integration von Flüchtlingen als die neue Agenda für die Bundesrepublik Deutschland zu betrachten. Das Kolpingwerk Deutschland ist bereit, seinen Beitrag zu leisten und erinnert an die Kölner Erklärung des Kolpingwerkes unter dem Motto „Mut zeigen, weil es um unseren Nächsten geht!“

## 8.2 Erklärung des Bundesvorstandes vom 18. Februar 2017

**„Demokratie lebt vom Mitmachen“**

**Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland zur politischen Kultur**

Es wird eine bedeutungsvolle Richtungswahl! Neue gesellschaftliche Herausforderungen gilt es zu bewältigen: Der demografische Wandel wirkt sich u.a. auf die Sozialversicherungssysteme aus, die Koordinaten einer solidarischen und gerechten Gesellschaft müssen neu justiert werden. Auf Fragen der Integration der zahlreichen Geflüchteten – auch mit Blick auf Europa – erwarten die Menschen Vorschläge und Antworten. Ebenso auf Fragen der inneren Sicherheit.

Zuverlässigkeit und Vertrauen sind in einer Demokratie wichtige Kriterien in der politischen Auseinandersetzung. Die Menschen orientieren sich bei der Willensbildung und der Wahlentscheidung an den programmatischen Aussagen von Parteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten. Die Wählerinnen und Wähler dürfen darauf vertrauen, dass getroffene Aussagen von Vertretern der Parteien die Position der jeweiligen Partei wiedergeben. Durch ihre Aussagen wird deutlich, wofür eine Partei eintritt oder wogegen sie sich ausspricht. Dadurch geben Parteien Orientierung im politischen Wettbewerb. Wir erwarten jedoch von Parteien eine deutliche Distanzierung von Mitgliedern, wenn diese elementare und demokratische Spielregeln verletzen und extremistische Auffassungen vertreten. Sollte dieses nicht erfolgen, muss unterstellt werden, dass die getroffenen Aussagen von der Partei bewusst mitgetragen werden.

Der Zustand einer Demokratie wird wesentlich von der Kultur der politischen Auseinandersetzung geprägt. Das Kolpingwerk

fordert eine offensive Streitkultur. Austausch und Diskussion, ein mit Respekt geführter Streit sind belebende Elemente für unsere Gesellschaft. Wer jedoch Spielregeln demokratischer Auseinandersetzung bewusst missachtet, der missachtet und schädigt damit auch die Demokratie selbst.

Nur eine funktionierende Demokratie garantiert ein menschenwürdiges Dasein aller Mitglieder der Gesellschaft. Unsere Demokratie ist verletzlich, deshalb treten wir für eine wehrhafte und streitbare Demokratie ein. Eine Rückkehr ins Nationalistische und die Abwehr von Fremden haben deshalb in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz!

Derzeit fällt besonders die AfD durch gezielte Provokationen, Verunglimpfungen von politischen Konkurrenten, aber auch offenes rassistisches Gedankengut auf. Aus Sicht des Bundesvorstandes sind derartige Positionierungen von Parteienvertretern nicht akzeptabel. Es liegt in der Verantwortung jedes einzelnen, ob er – auch als Christ – einer solchen Partei seine Stimme geben und die politische Verantwortung in deren Hände legen möchte.

Demokratie lebt vom Mitmachen! Als katholischer Sozialverband nimmt das Kolpingwerk in vielen Bereichen gesellschaftliche und politische Mitwirkungsmöglichkeiten wahr. Der Bundesvorstand ermutigt erneut alle Kolpingsfamilien, Veranstaltungen im Vorfeld der Bundestagswahl durchzuführen.

## 8.3 Erklärung der Bundeskonferenz der Kolpingjugend vom 19. März 2017

### „Wir stehen für ein Wir“

#### Positionierung der Kolpingjugend im Kolpingwerk Deutschland zum Wahljahr 2017

Wir verfolgen die politischen Entwicklungen in den Ländern, im Bund und in Europa sehr aufmerksam. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen stellen wir uns gegen den aufgekommenen Rechtspopulismus. In unserer Demokratie werden die Errungenschaften einer freien Religionsausübung, eines offenen Europas und eines respektvollen Umgangs frei von Menschenverachtung zunehmend in Frage gestellt. Rechtspopulistische Haltungen sind für uns nicht akzeptabel.

Hierzulande, aber auch in ganz Europa, entwickeln sich seit geraumer Zeit gesellschaftliche Strömungen, die auf politischer Ebene in Deutschland durch die AfD in der Öffentlichkeit auftreten. Wir wollen nicht, dass rechtes Gedankengut in der Mitte unserer Gesellschaft „salonfähig“ wird.

#### Die Kolpingjugend steht für Nächstenliebe, Vielfalt und Gemeinschaft

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft oder Religion ein. Unsere Haltung gründen wir auf christlichen Werten, dem Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland und den Positionen der Kolpingjugend Deutschland. Wir wollen Nächstenliebe, Vielfalt und Gemeinschaft erlebbar machen. Ebenso leitend für unser Handeln und menschliches Zusammenleben sind die Prinzipien der Katholischen Soziallehre: *Solidarität, Personalität und Subsidiarität*.<sup>9</sup>

Das bedeutet für uns konkret, jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit anzunehmen, jeden Menschen mit seinen Potenzialen und Talenten zu betrachten und jeden Menschen als Geschöpf Gottes anzuerkennen.

#### Die Kolpingjugend steht für freie Religionsausübung in Deutschland

Jeder Mensch ist frei, seinen Glauben zu wählen und hat das Recht dazu, diesen ungehindert auszuleben. Dialoge zwischen den Religionen verstehen wir als Bereicherung für das gesellschaftliche Zusammenleben und als eine Basis für Inklusion.

Der Islam ist in Deutschland angekommen und hat das gleiche Recht, sich zu entwickeln, wie es dem Christentum zusteht. Dazu gehören auch die Förderung der Wissenschaftlichkeit von Islamischer Theologie sowie die Ausbildung islamischer Religionslehrer/-innen sowie Imame nach deutschen Standards. Religiöse Bildung ist ein weiterer Schlüssel zur Förderung von Inklusion.

Die grundsätzliche Diskussion um die Verleihung des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus<sup>10</sup> für eine islamische Religionsgemeinschaft verstehen wir nicht, wie die AfD, als Machtgerangel mit christlichen Kirchen, sondern als legitime Forderung, die nach deutschem Recht zu prüfen ist.

<sup>9</sup> Begriffserklärung (nach LTHK, 2006): Personalität sieht den Menschen als Ebenbild Gottes und Träger, Schöpfer und Ziel gesellschaftlicher Einrichtungen. Als Ebenbild Gottes kommt dem Mensch eine zu schützende Würde zu. Er ist einmalig und wegen seiner Individualität von Gott gewollt. Dieses Menschenbild ist die Basis für jedes menschliche Handeln. Subsidiarität: Beschreibt das gesellschaftliche Zusammenwirken von Verbänden und Politik. Eine Gesellschaft funktioniert am besten, wenn die Angelegenheiten nach Möglichkeit auf der untersten Ebene einer Gesellschaft geklärt werden. Höhere Instanzen sollen erst bei Problemen auf der untersten Ebene hinzugezogen werden.

Die AfD zeichnet in ihrem Grundsatzprogramm ein Bild der islamischen Machtstärkung gegenüber ursprünglich kirchlicher Privilegien und christlicher Kultur. Auf gesellschaftlicher Ebene sieht sie die Grundsätze unserer Werteordnung, die Gesellschaft und den Staat durch die stetig wachsende Zahl von Muslimen in großer Gefahr. Im Grundsatzprogramm wird diese Gefahr durch die Radikalisierung einiger Muslime, die Bildung von Parallelgesellschaften und der fehlenden Akzeptanz unserer Rechtsordnung im Gegensatz zur Scharia begründet.

Wir teilen diese Ängste nicht und nehmen vielmehr wahr, dass die AfD Ängste und Vorurteile einiger Menschen ausnutzt, um für ihr Weltbild zu werben. Aus einer christlichen Haltung heraus bedarf es einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Stellung des Islam in Deutschland und mit muslimischen Mitmenschen, um unseren Vorstellungen einer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung gerecht zu werden. Pauschale Verurteilungen lehnen wir ab.

### **Die Kolpingjugend heißt Menschen willkommen**

Adolph Kolping hat sich dafür eingesetzt, dass wandernde Menschen nicht auf Ablehnung stoßen. Er hat dafür gesorgt, dass Menschen in der Fremde eine Heimat und Ansprechpartner finden. Wir setzen uns auch heute dafür ein, dass im Sinne der Persönlichkeit der Mensch im Mittelpunkt steht und sich sein Wert nicht ausschließlich über seine wirtschaftliche Produktivität bemisst.

Für uns bedeutet das, dass nicht nur Menschen willkommen sind, die in ihren Herkunftsländern um Leib und Leben fürchten müssen, sondern auch Menschen, die aus einer Notlage heraus ihr Herkunftsland verlassen. Menschen pauschal oder voreilig „Asylmissbrauch“ zu unterstellen, halten wir für unangemessen.

Darüber hinaus wird mit verschiedenen Projekten gezeigt, wie Willkommenskultur in unserem Verband gelebt wird und wie eine Begegnung von Menschen auf Augenhöhe angstfrei, vorurteilsfrei und wertschätzend möglich ist. Wir erkennen neben unserer gesellschaftlichen Verantwortung hier in Deutschland auch unsere internationale Verantwortung, Menschen in ihren Herkunftsländern beim Aufbau von menschenwürdigen Lebensbedingungen zu unterstützen.

Die AfD unterscheidet in ihrem Grundsatzprogramm zwischen Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und Immigrant/-innen, die wirtschaftliche oder andere Motive verfolgen. Die Unterscheidung von Asyl und Migration wird im Grundsatzprogramm insbesondere mit dem Thema „Asylmissbrauch“ verknüpft.

Große Befürchtungen sieht die AfD laut Grundsatzprogramm vor allem in der Ausnutzung des deutschen Sozialsystems, das zur Einwanderung ausgenutzt werde.

Die AfD zeichnet ein Bild einer unvorstellbaren Masse an Menschen, die gen Europa ziehen und sieht damit unseren Wohlstand gefährdet. Von diesen Ängsten und Befürchtungen kann in unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation keine Rede sein.

---

<sup>10</sup> Begriffserklärung „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (nach BMI, Körperschaftsstatus): Alle religiösen und weltanschaulichen Gruppierungen, die auf Dauer angelegt sind, können in Deutschland den Körperschaftsstatus nach Antragstellung erwerben. Dieses Recht gilt seit der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Mit dem Status verleiht der Staat den Gemeinschaften verschiedene Privilegien (z. B. Mitwirkung in öffentl. Gremien und Einrichtungen, Steuervorteile), um deren Religionsausübung zu erleichtern und mit ihnen zu kooperieren.



### Die Kolpingjugend steht für ein offenes und starkes Europa

„Die Europäische Union ist die bedeutendste Errungenschaft, um den Frieden in Europa zu sichern. Der Erhalt und Schutz dieser Union muss das Ziel aller Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Europa sein.“<sup>11</sup> Mit dieser Vorstellung von Europa wollen wir unser Zusammenleben in Deutschland gestalten.

In der Haltung der AfD in ihrem Grundsatzprogramm sind die wichtigen Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität gegenüber Europa gefährdet.

Eine Rückverlagerung von Kompetenzen in der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungspolitik und in der Bekämpfung von Fluchtursachen ist für eine subsidiär organisierte Europäische Union schädlich. Nur in gemeinsamer Verantwortung kann effizient agiert werden.<sup>12</sup>

Der Ruf nach Regelungen zur Einwanderung in die EU und nach Deutschland ist im Grundsatz positiv zu bewerten. Eine Regulierung von Einwanderung kann dennoch nicht, wie gefordert, ausschließlich nach ökonomisch-leistungsorientierten Kriterien erfolgen. Das Prinzip der Solidarität verlangt es ebenso, Schwache zu unterstützen.

Die AfD tritt in ihrem Grundsatzprogramm für ein verändertes Europa ein. Im Kern will sie die Europäische Union wieder zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zurückführen. Der Euro wird als gescheitertes Experiment beschrieben, das es geordnet zu beenden gelte. Kompetenzen der Außenpolitik sollen im Verantwortungsbereich der Nationalstaaten bleiben.

Diese Vorstellungen von europäischem Zusammenleben sind für uns keine Perspektiven für die Zukunft Europas. Die Behauptung, ausschließlich Sozialhilfeempfänger/-innen wandern aus anderen EU-Staaten nach Deutschland ein, stimmt mit der Realität nicht überein.



### Die Kolpingjugend steht für Geschlechtervielfalt

Jeder Mensch ist in seiner Ebenbildlichkeit Gottes einzigartig und darf nicht auf Grund seiner Sexualität oder seines Geschlechtes diskriminiert werden. Dazu zählt, Kindern und Jugendlichen altersgemäß und nah an ihrer Lebenswirklichkeit orientiert aufzuzeigen, was sexuelle Vielfalt bedeutet, sowohl gegenüber der eigenen Geschlechtsidentität, als auch in der sexuellen Ausrichtung. Kinder und Jugendliche sollen zeitgemäß, bedürfnisorientiert und verantwortungsbewusst sexuell aufgeklärt werden. Das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern lässt freie Entfaltung von Kindern und Jugendlichen zu.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung der deutschen Sprache hinsichtlich geschlechtersensibler oder geschlechtsspezifischer Anpassungen, soweit es praktikabel ist.

Die AfD versteht unter dem Thema „Gendermainstreaming“ und „Genderideologie“ eine Auseinandersetzung um den Sexualunterricht in der Schule, der über die Vermittlung traditioneller Rollen- und Familienbilder hinausgehe sowie die „Verunstaltung der deutschen Sprache“. Beiden Themen werden „pseudowissenschaftliche Studien“ und Widersprüche zu Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie vorgeworfen. Besondere Sorge gelte den Kindern und Jugendlichen, die in ihrer sexuellen Identität gestört werden könnten.

<sup>11</sup> Position „Mehr Europa ist die Lösung“ der Kolpingjugend im Kolpingwerk Deutschland auf <http://www.kolpingjugend.de/service/news/news-details/55-mehr-europa-ist-die-loesung/>, S. 1, Stand: 25.10.2016.

Die AfD fordert in ihrem Grundsatzprogramm die Freiheit von Forschung und Lehre. Dabei widerspricht sich die AfD selbst, indem sie die eingeforderte Freiheit durch die Aberkennung der Genderforschung als wissenschaftlich fundiertes Forschungsgebiet einschränkt.

### **Die Kolpingjugend ist gegen die Wiedereinsetzung des verpflichtenden Wehrdienstes**

Die AfD fordert die Wiedereinführung des verpflichtenden Grundwehrdienstes für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Verweigerer sollen einen Wehersatzdienst leisten. Frauen seien vom Pflichtwehrdienst ausgeschlossen, haben aber die Möglichkeit, freiwillig der Bundeswehr zu dienen, wie es zurzeit auch schon möglich ist. Hauptargument ist die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands.

Wir sind gegen eine solche Wiedereinsetzung des Wehrdienstes. Zu Grunde liegen hier zum einen die Haltung eines jeden Einzelnen zum Dienst an der Waffe und zum anderen die freiheitliche Entscheidung zur beruflichen Bildung nach der Schule. Ferner sehen wir eine Diskriminierung von jungen Männern, die verpflichtend ein Jahr für die Zeit ihrer Berufsausbildung verlieren. Diese Ungleichbehandlung von Mann und Frau darf gar nicht erst ermöglicht werden.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung lässt sich nicht ausschließlich über den verpflichtenden Wehrdienst verteidigen. Politik, Gesellschaft, und Sozialverbände, zu denen auch die Kolpingjugend zählt, sehen wir hier in der Verantwortung, unsere Demokratie zu festigen und zu gestalten.

### **Die Kolpingjugend ruft junge Wähler/-innen auf, ihr Wahlrecht zu nutzen**

Wir nehmen wahr, dass sich die AfD Frust in Teilen der Bevölkerung zu Nutze macht, um unzufriedene Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Die Kolpingjugend bietet Jugendlichen umfassende Informationen und Möglichkeiten zur Beteiligung an Politik und zur Vorbereitung auf die Wahlen. Dadurch wollen wir auch der Stimme der jungen Wählerinnen und Wähler Gehör verleihen. Die Parteienlandschaft bietet ein weites Spektrum, das eine sachliche Wahlentscheidung ermöglicht. Niemand sollte dem Populismus nachgeben und damit seine Stimme für die AfD abgeben.

Darüber hinaus werden sich die Gliederungen der Kolpingjugend, besonders im Wahljahr 2017, in die politische Debatte einbringen und gegen menschenfeindliche, einzelne Bevölkerungsgruppen diskriminierende Haltungen sowie gegen Hass und Hetze aktiv Stellung beziehen.

---

<sup>12</sup> Position „Mehr Europa ist die Lösung“ der Kolpingjugend Deutschland, Abschnitt „Europa ist eine Friedensmacht“, „Europa braucht starke Akteure“, S.1f.3, Stand: 25.10.2016.

## 8.4 Erklärung der Bundesleitung der Kolpingjugend vom 29. September 2018

### „Demokratie schmeckt uns“

#### Erklärung der Bundesleitung zum Jugend-Event „Sternenklar“ 2018 in Frankfurt

Unter dem Motto „Verantwortung ergreifen. Willkommen heißen!“ hatten wir zum Kolpingtag 2015 vor allem junge Menschen aufgerufen, ein Zeichen für eine frohe Willkommenskultur und gegen Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Mit unserer Aktion „Verantwortung ergreifen. Willkommen heißen!“ haben wir über den Kolpingtag hinaus ein Zeichen für ein offenes Deutschland gesetzt. Dazu waren alle aufgerufen, Fremden die Hand zu reichen und gemeinsam Zeichen zu sein. Offen aufeinander zugehen, tut unserer Gesellschaft gut!

Leider hat sich die Stimmung in unserem Land seit 2015 nicht zum Besseren verändert. Hierzulande, aber auch in vielen Teilen Europas, entwickeln sich seit geraumer Zeit gesellschaftliche Strömungen und Bewegungen, die – wie zum Beispiel Pegida – ganz offen fremdenfeindliche Hetze betreiben.

Auch im politischen Bereich ist es im letzten Jahr zu tiefgreifenden Veränderungen gekommen. Denn zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten ist mit der Alternative für Deutschland eine politische Kraft in den Deutschen Bundestag eingezogen, deren Mitglieder zum Teil unverhohlen unsere demokratische Ordnung in Frage stellen. Sie tun dies teilweise durch ihre Grundsatz- und Wahlprogramme. Sie tun dies vor allem aber durch gezielte Aussagen ihrer Vertreter. Wenn das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet wird, wenn man offen bekennt, dass man jemanden wie Jérôme Boateng nicht als Nachbarn haben möchte, wenn man aus dem Dritten Reich entlehnte Begriffe wie „völkisch“ wieder in den üblichen Sprachgebrauch einführen will – dann gilt es für uns als Kolpingjugend, als überzeugte

Demokratinnen und Demokraten, ein klares Zeichen dagegen zu setzen. Wir wollen nicht, dass rechtes Gedankengut in der Mitte unserer Gesellschaft „salonfähig“ wird!

Doch bleibt es nicht immer nur bei solchen ohnehin gefährlichen Phrasen. In den letzten Wochen ist es erneut zu Entwicklungen gekommen, die uns als Kolpingjugend zutiefst erschüttern: Fremdenfeindliche Aktionen und Protestmärsche, rechtsradikale Gewaltakte, ausländerfeindliche Hetze in der Öffentlichkeit sowie ausgrenzende Anfeindungen in den sozialen Medien. Rechtsextreme Aktionen verurteilen wir aufs Schärfste!

Wir leben in einer Zeit globaler Herausforderungen und Umbrüche, die zu Recht nachdenklich stimmen und sich auf vielfältige Weise auf unser Leben auswirken. Es gibt Menschen, die verunsichert und enttäuscht sind, sich vielleicht sogar abgehängt fühlen von Wohlstand, Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Extreme Bewegungen und Parteien wissen genau diese Ängste und Vorurteile auszunutzen, um für ihr Weltbild zu werben.

Es ist nicht an uns, pauschal all jene zu verurteilen, die – vielleicht auch aus Enttäuschung und Frustration – mit Pegida sympathisieren, vielleicht auch die AfD wählen. Wir rufen sie auf, die eigene Haltung und das eigene Handeln zu hinterfragen und für andere Meinungen offen zu sein. Und wir möchten sie davon überzeugen, dass es der falsche Weg ist, auf die Versprechungen und Verführungen rechter Populistinnen und Populisten hereinzufallen. Stattdessen braucht es den Mut, offen aufeinander zuzugehen, Sorgen und Ängste anzuspre-

chen und im Miteinander auf Lösungen hinzuarbeiten. Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen darf nie dazu führen, dass man radikalen Rattenfängern anheimfällt!

Rechte Gruppierungen und Parteien versuchen, ihren Vorteil aus den aktuellen Problemen in Europa und der zunehmenden Verunsicherung in der Bevölkerung zu ziehen. Gleichzeitig stellen sie ein geeintes Europa und dessen Werte in Frage und verbreiten ihre nationalistischen Gedanken. Mit ihren Beschlüssen hat die Kolpingjugend schon mehrfach ein klares Zeichen für ein geeintes Europa gesetzt. Für uns ist die Europäische Union mehr als nur ein Projekt. Sie ist ein Erfolgsmodell, das dazu beigetragen hat, Frieden und Stabilität zwischen den Völkern Europas fest zu verankern. Wir rufen zum Widerstand gegen alle Bewegungen auf, die sich gegen den europäischen Einigungsprozess wenden und die Rückkehr zu nationalen Alleingängen propagieren!

In der Kolpingjugend gehen wir mit unserem Engagement von jungen Menschen für junge Menschen mutig voran, um das Bewusstsein für gesellschaftliches Handeln zu stärken. Ausgehend von der katholischen Soziallehre und dem Wirken unseres Verbandsgründers, Adolph Kolping, ist es unser Auftrag, nach dem Prinzip der Solidarität zu handeln. Dabei gilt es, insbesondere für junge Menschen Perspektiven zu schaffen und allen Menschen die Partizipation an unserer Gesellschaft und ein Leben in Sicherheit und Frieden zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist eine ganzheitliche Bildung. Genau die wollen wir durch unsere Angebote und mit unserem Engagement ermöglichen.

Wir, die Kolpingjugend, sind Teil eines demokratisch verfassten Verbandes. Bei uns lernen junge Menschen, wie wichtig ein demokratisches Miteinander ist. Dabei lernt man auch, dass Demokratie gelegentlich schwierig sein kann. Aber letztendlich bleibt doch stets die Erkenntnis, dass nur sie es schafft, die unterschiedlichen Interessen der Menschen auf eine einzigartige, gerechte und friedliche Weise zusammenzubringen.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen, unabhängig von Herkunft oder Religion ein. Unsere Haltung gründen wir auf christliche Werte, dem Leitbild des Kolpingwerkes Deutschland und den Positionen der Kolpingjugend Deutschland. Wir wollen Nächstenliebe, Vielfalt und Gemeinschaft erlebbar machen. Ebenso leitend für unser Handeln und menschliches Zusammenleben sind die Prinzipien der Katholischen Soziallehre: *Solidarität, Personalität und Subsidiarität*.

Abschließend möchten wir dieses Statement mit einem Zitat unseres Verbandsgründers Adolph Kolping schließen. Adolph Kolping stellte schon im 19. Jahrhundert fest, dass es vor allem des Mutes bedarf, um etwas Gutes zu tun:

---

*„[...] An uns nur ist es, nicht mit den Wölfen zu heulen, den politischen und sozialen Irrwischen als Schweif uns anzuhängen, sondern treu zur Fahne unseres Glaubens zu stehen, mutig in Tat und Wort zu bekennen, wessen Geistes – ich sage welcher Mutter – Kinder wir sind und im christlichen Gutes tun nicht zu ermüden! Je bedrängter die Zeiten werden, umso größer wachsen tüchtige Herzen und niemals ist das Christentum auch öffentlich näher am Sieg, als wenn es in Opfern sich gleichsam erschöpfen muss.“*

Adolph Kolping 1813–1865,  
*Kolping Schriften Band 5, S. 283*



## 9. Veranstaltungen: Umgang mit Störungen

Meist laufen Veranstaltungen eher ruhig ab, es kann aber ab und an vorkommen, dass Störungen auftreten.

### Vielredner

(sowohl auf dem Podium als auch bei den Besuchern)

Wenn einer der Teilnehmenden dafür bekannt ist, sollte man bereits im Vorfeld Maßnahmen ergreifen – zum Beispiel eine fest begrenzte Redezeit vorgeben (natürlich für alle).

Ansonsten: freundlich, aber bestimmt unterbrechen (mit Hinweis auf Zeit und andere Beiträge bzw. Fragen) und bei wiederholten Meldungen um Verständnis bitten, dass (zunächst) jemand anderes dran genommen wird. Diese und alle anderen Maßnahmen stehen und fallen mit der Moderation.

Darum: Eine gute Moderatorin bzw. einen guten Moderator suchen!

### Radikale Meinungen

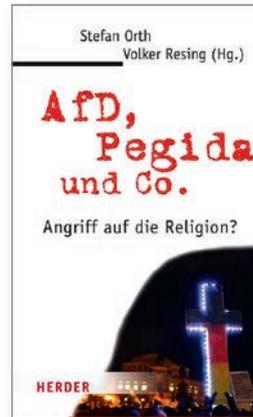
Immer gilt: Sofort in die Schranken weisen („Das geht so nicht!“) und im schlimmsten Fall bei wiederholten Störungen der Veranstaltung verweisen. Wichtig ist, die richtigen Argumente parat zu haben und darauf zu achten, dass keine lange Diskussion entsteht, die die Veranstaltung kippt.

Um eine Eskalation zu vermeiden, sollten sich die Veranstalter das Hausrecht beim Eigentümer besorgen, mit dem nötigenfalls auch Personen des Saales verwiesen werden können. Wenn mit solchen die Veranstaltung gefährdenden Störungen von vornherein zu rechnen ist, sollte auch die Polizei vorab informiert werden, damit das Hausrecht in Zusammenarbeit mit ihr ausgeübt werden kann.

## 10. Literaturhinweise



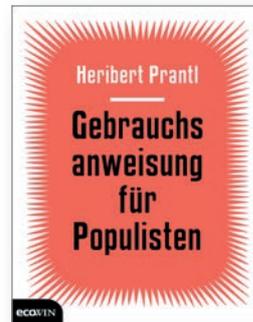
Melanie Amann  
**Angst für Deutschland**  
Verlag Droemer, Knaur  
München 2017  
320 S., 16,99 Euro



Stefan Orth/Volker Resing (Hg.)  
**AfD, Pegida und Co.**  
**Angriff auf die Religion?**  
Herder Verlag  
Freiburg 2017  
208 S., 16,99 Euro



Justus Bender  
**Was will die AfD?**  
Pantheon Verlag  
München/Berlin 2017  
208 S., 14,99 Euro



Heribert Prantl  
**Gebrauchsanweisung  
für Populisten**  
Ecowin Verlag  
Salzburg 2017  
80 S., 14,- Euro

# 11. Kolping in 12 Sätzen

- Wir laden ein und machen Mut zur Gemeinschaft.
- Wir handeln im Auftrag Jesu Christi.
- Wir nehmen uns Adolph Kolping zum Vorbild.
- Wir sind in der Kirche zu Hause.
- Wir sind eine generationenübergreifende familienhafte Gemeinschaft.
- Wir prägen als katholischer Sozialverband die Gesellschaft mit.
- Wir begleiten Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Bildung.
- Wir eröffnen Perspektiven für junge Menschen.
- Wir vertreten ein christliches Arbeitsverständnis.
- Wir verstehen uns als Anwalt für Familie.
- Wir spannen ein weltweites Netz der Partnerschaft.
- Wir leben verantwortlich und handeln solidarisch.



© stonigrafik.de

## Kolpingwerk Deutschland

St.-Apern-Straße 32 | 50667 Köln  
T +49 221 20701-0 | F +49 221 20701-149  
info@kolping.de | www.kolping.de

Verantwortlich: Ulrich Vollmer,  
Bundessekretär

Redaktion: Dr. Victor Feiler  
Dr. Michael Hermes  
Alexander Suchomsky

Gestaltung: EYE AD, Stefan Niess  
www.eye-ad.de

Köln, Juni 2019





# Kolping

**Kolpingwerk  
Deutschland**

St.-Apern-Straße 32  
50667 Köln  
T +49 221 20701-0  
F +49 221 20701-149  
[info@kolping.de](mailto:info@kolping.de)

[www.kolping.de](http://www.kolping.de)